

Nationale Koordinationsplattform EU Stadt- und Stadtregionspolitik

Auftakttreffen 19.9.2017 (Zusammenfassung)

1. Einführung

SCHADT und WENINGER begrüßen und erläutern die Hintergründe für die Einrichtung der Plattform:

Das Thema Stadt- und Stadtregionsentwicklung hat in den vergangenen Jahren national (ÖREK 2011, ÖREK-Partnerschaft einschließlich politischer ÖROK Empfehlungen) und international (globale und EU-Prozesse: SDGs, New Urban Agenda, Urban Agenda for the EU) eine dynamische Entwicklung genommen.

Dadurch ergibt sich ein deutlich erhöhter Koordinationsbedarf, der durch bestehende Formate nicht abgedeckt werden kann. Es bedarf z.B. vermehrt einer Reflexion der Arbeiten auf internationaler Ebene im nationalen Kontext, Information und Austausch zu spezifischen EU-Förderungen und Aktivitäten für die Urbane Dimension (URBACT, UIA, UDN, etc.) sowie eines Monitorings zur Umsetzung der ÖREK-Roadmap Stadtregionen und anderer relevanter ÖREK-Partnerschaften.

BKA und ÖStB haben sich daher entschlossen, partnerschaftlich (d.h. auch sitzungstechnisch alternierend) eine Koordinationsplattform in Leben zu rufen. Beide danken für das rege Interesse und die zahlreiche Teilnahme.

2. Übersicht über Themen und Prozesse

ROTH verweist darauf, dass die Sitzung absichtlich als „Auftakt“ verstanden wird, da eine bisher weitgehend neue Zusammensetzung der Akteure in einem neuen Format erfolgt. Daher steht auch die Klärung der Rahmenbedingungen für weitere Treffen (Akteure, Personen, etc.) auf dem Programm (Punkt 6). Er wiederholt auch die Einladung an den österreichischen Gemeindebund, sich in geeigneter Form an der Plattform zu beteiligen, da die Gemeinden integraler Bestandteil von Stadtregionspolitik sind. Er gibt dann einen Überblick über die unterschiedlichen Akteure, Formate und Instrumente (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) auf EU-Ebene, die teilweise auf zwischenstaatlichen Prozessen fußen und teilweise auf den EU Gemeinschaftspolitiken gründen. Er verweist auch auf die Aktivitäten in Österreich zum Thema Stadtentwicklung und Stadtregionen, insbesondere die einschlägigen ÖREK-Partnerschaften (vgl. Präsentation), die ÖROK-Empfehlungen, sowie die „Road Map“ der ÖREK-Partnerschaft Stadtregionen (s. Beilage).

Ziele der Plattform generell sollen wechselseitiger Informationsaustausch zu europäischen Prozessen und Mitwirkungsmöglichkeiten, sowie Diskussion und Meinungsbildung zu den laufenden Prozessen aus österreichischer Sicht sein. Konkretes Ziel der ggstl. Sitzung ist es auch, einen kompakten Überblick über die Vielzahl der laufenden Prozesse zu geben und eine erste Meinungsbildung zu den aktuell anstehenden Diskussionen zu inhaltlichen Ergebnissen der EU Urban Agenda Partnerschaften anzuregen (s. Präsentation).

3. Termine bzw Meilensteine der laufenden Prozesse

ROTH präsentiert eine Übersicht über die zeitlichen Meilensteine der laufenden internationalen Prozesse bis 2020, welche daher auch Rhythmusgeber für die auf nationaler Ebene zu führenden Diskussionen sein werden. (s. Präsentation)

4. Diskussion der Zwischenergebnisse des UAEU Prozesses

Die UAEU wird im Rahmen eines gemeinsamen Prozesses zwischen MS und EU mittels „Umsetzungspartnerschaften“ (in Anlehnung an das ÖROK-Modell) zu bestimmten Themen umgesetzt. Die Formate des Prozesses sind die „Arbeitsebene“ (UDG – Urban Development Group), eine Hochrangige Beamtenebene (DGUM - General Directors Meeting Urban Matters) sowie in größeren Abständen (lt. Pact of Amsterdam ca. 1,5 Jahre) informelle Ministertreffen für politische Entscheidungen. Die Arbeitszwischenenergebnisse (Aktionspläne) der ersten vier Partnerschaften werden beim anstehenden UDG-Treffen am 26.9.2017 den Mitgliedstaaten zur Diskussion vorgelegt (Versand an die ö Stellen erfolgte im Vorfeld der ggstl. Sitzung).

Wien ist derzeit die einzige österreichische Stadt, die sich an einer Partnerschaft beteiligt (Leitung der PS „affordable Housing“ gemeinsam mit dem slowakischen Stadtentwicklungsministerium). Alle Akteure von lokaler Ebene sind eingeladen, zu den ggstl. Themen auch schriftlich noch ihre Meinung einzubringen.

WOHNEN

Als Vertreterin der Stadt Wien im Arbeitsprozess berichtet ZAUNER-LOHMEYER (Wiener Wohnen) ein:

- Als eine der vier Pilotpartnerschaften ist der Gestaltungsraum noch sehr groß; Unsicherheiten jedoch ebenfalls. Dennoch arbeitet die Partnerschaft hoch engagiert und die bisherigen Arbeiten und Zwischenergebnisse sind sehr zufriedenstellend. Dies ist u.a. auf eine strukturierte Planung und Durchführung zurückzuführen. Man hat erkannt, dass man die Partnerschaft als „Investment-Partnerschaft“ darstellen muss;
- Durch die Auswahl der Partner wird das Prinzip der Multi-Level-Governance erfolgreich verfolgt. Auch die EK engagiert sich durch die Beteiligung von 3 Generaldirektionen in der Partnerschaft. Die Ergebnispapiere sind dadurch als hochrangig einzustufen. Auch der AdR und weitere beschäftigen sich bereits mit diesen. Der Druck seitens der EK zur Vorlage von Ergebnissen ist jedoch sehr hoch und erreicht durchaus eine Schmerzgrenze. Die Motivlage für diesen enormen Druck durch die EK wird diskutiert, mögliche Faktoren sind das Aufrechterhalten des städtischen Momentums in den EU Politiken (insbesondere der Kohäsionspolitik) oder auch der Druck gegenüber dem EP „zu liefern“ (das EP steuert Mittel für das technische Sekretariat der UAEU bei).
- Dass die öffentliche Konsultation über den Sommer 2017 nur in englischer Sprache verfügbar war, wird von der Partnerschaft auch als unglücklich eingestuft – allerdings wurden nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt – hier gäbe es noch Verbesserungsbedarf.
- Die Partnerschaften tauschen sich bereits auch untereinander aus, wo die Themen sich überschneiden (zB Wohnen – städt. Armut – Migration).
- Auch die Vertreterin von JPI Urban Europe/FFG (NOLL) bringt in der Runde ein, dass sie die UA-Ergebnisse gerne aufgreifen möchten bzw. dies bereits tun; So wird demnächst ein pilothafter Workshop zwischen JPI UE und der PS Migration/Integration veranstaltet.
- Wien plant für den Abschluss der PS im Herbst 2018 (ö-EU Ratsvorsitz!) eine Konferenz zum Thema leistbares Wohnen und koordiniert sich hierbei mit dem BKA-Programm (UDG und DGUM) hinsichtlich bestmöglicher Synergien.

- Nutzen der Partnerschaft für die Stadt Wien: Positionierung der Stadt zu einem wichtigen Schwerpunktthema (Image), Beeinflussungsmöglichkeit von EU-Politiken (derzeitiger Eindruck; muss nach Abschluss der PS endgültig bewertet werden)

AIR QUALITY

Bericht durch LUTZ, ÖStB:

- Die Rückmeldung aus Österreich hierzu ist eher kritisch. Die bisherigen Erkenntnisse und Ergebnisse werden als „hinlänglich bekannt“ eingestuft, zB die Verursacher von Luftverschmutzung (Verkehr und Hausbrand). In Küstenstädten mag der Schiffsverkehr dazukommen, aber generell ist das für uns und Binnenstädte von untergeordneter Bedeutung. Auch die Industrie leistet nur mehr in wenigen Fällen einen nennenswerten Beitrag. Vorläufersubstanzen und regionaler Hintergrund spielen natürlich eine Rolle, aber in erster Linie sind die Probleme hausgemacht und würden bei deren Lösung auch die Hintergrundbelastung reduzieren.
- Das woran man in den letzten Jahren gescheitert ist, ist die konsequente Umsetzung der notwendigen Maßnahmen. Mit Euro 5 und Euro 6 wurde von der Autoindustrie eine Verbesserung vorgegaukelt, die der Realität nicht standgehalten hat. Den Mut, daraus die Konsequenz zu ziehen und Dieselfahrzeuge aus Städten zu verbannen, muss die Politik erst aufbringen. Gleiches gilt für eine City Maut, eine rigorose Parkraumbewirtschaftung oder eine adäquate Dieselsebesteuerung, die Einführung eines verpflichtenden Fernwärmeanschlusses oder eines Verbots von Einzelfeuerungen mit hohen Emissionen.
- Mit der Urban Agenda fangen wir wieder bei der Luftqualität von vorne an. Ball wird zwischen der lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Ebene seit mehr als 10 Jahren hin und hergeschoben. Die Luft wird trotzdem besser, wenn auch langsamer als es sein könnte.
- Dem einzigen Vorschlag, dem man etwas Positives abgewinnen kann, wäre eine umfassende Kampagne in der Öffentlichkeit, um über die Folgen der Luftbelastung aufzuklären.
- Alles andere ist bekannt und wäre nur umzusetzen. Bitte nicht wieder mit Monitoring, Modellierung, Fragebögen und Vorschlägen für eine Luftreinhalteplanung anfangen!

URBAN POVERTY & MIGRATION

Bericht durch LUTZ (ÖStB):

- Hier herrscht großes Interesse am Prozess und den Ergebnissen; Es waren auch VertreterInnen Österreichischer Städte bei der Sitzung anwesend, um sich erstmals über den Prozess zu informieren und sich in Folge weiter einzubringen.
- Hinweis von JPI Urban Europe: Zur Migration gibt es am 14. November 2017 in Berlin einen Workshop

URBAN MOBILITY

Bericht durch SCHWER (ÖStB):

- Das Papier reflektiert auf die großen Fragen im Mobilitätsbereich – sei es die Verknüpfung ländlich – städtischer Räume, die Verbindung zwischen Raumplanung und Verkehr oder die Erkenntnis, dass Förderrichtlinien vermehrt auf städtische Bedarfe Rücksicht nehmen sollten.

- Nach Diskussion mit unseren Mitgliedsstädten und auf Bundesebene wären aus Sicht der Österreichischen Städte nach Studium des „Orientation Papers“ allerdings folgende Inhalte wichtig (diese Forderungen werden übrigens auch auf Bundesebene mitgetragen):
- 2.5.3. Public Transport for cities and multi-modality: Hier ist davon die Rede, den Wettbewerb erhöhen zu wollen (increase the competitiveness). Österreich hat sich sehr dafür eingesetzt, dass auch nach 2023 die PSO-Verordnung 1370/2007 bzw. noch Möglichkeiten der Direktvergabe und inhouse-Vergabe ermöglicht. Wenn Wettbewerb, dann sollte dieser in Hinblick auf die Leistung (Benchmarking) den KundInnen gegenüber verstanden werden und nicht als reiner betriebswirtschaftlicher Wettbewerb. Denn nur so kann es gelingen, den Umstieg zum ÖV zu erreichen.
- Auch ist davon die Rede die Ziele des ÖVs zu standardisieren (standardising the orientation of public transport). Hier bleibt unklar, was genau bezweckt werden soll durch diese Vereinheitlichung.
- Eine weitere Forderung der Städte in Österreich ist jene, dass Investitionen in öffentliche Infrastruktur - hier wären im AP Urban Mobility speziell Investitionen in den Öffentlichen Verkehr anzuführen - nicht als Schulden im Rahmen der Maastricht Kriterien gelten sollen („golden rule“). Dadurch würde sich ein größerer Spielraum für die Kommunen bei der ÖV-Finanzierung eröffnen. Dieser Punkt könnte ebenfalls in die Diskussionen einfließen.
- - ad "clean vehicles" : Was uns in den Papieren fehlt, ist eine Aufforderung an die EK, strengere Emissionsgrenzwerte für KFZ bzw. einen Ausstieg aus den nicht erneuerbaren Ressourcen mittel- bis langfristig vorzusehen. Dies wäre im Punkt "Clean Vehicles" unbedingt zu erwähnen. Die Städte erleben derzeit Klagen, weil sie die Luftqualität nicht ausreichend verbessert haben. Hier könnte die EK tatsächlich unterstützen bzw. wäre ihrerseits in die Pflicht zu nehmen. Denn wie wir wissen, sind strenge lokale Maßnahmen (Umweltzonen, Fahrverbote) politisch schwer umsetzbar.
- Da wir die Urban Agenda-Partnerschaften als ganz neues Format erleben, das versucht, auf die Städte hinzuhören und Expertise "vor Ort" einzusammeln, ist die Erwartungshaltung unserer Mitglieder entsprechend groß, dass Ihnen aus den Erfahrungen der Praxis resultierenden Anliegen auf EK-Ebene auch Gehör geschenkt wird.
- Der Österr. Städtebund und die Städte würden gern über die aktuellen Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten werden. Der Österreichische Städtebund ist auch gerne bereit im Rahmen der ab Jänner 2018 laufenden öffentlichen Konsultation auf bilateraler Ebene Rückmeldung zu den Vorschlägen zu geben bzw. werden PartnerschaftsvertreterInnen zum Fachausschuss Verkehr eingeladen.

5. Österreichische Ratspräsidentschaft 2018

- Ö hat gemeinsam mit seinen Trio-Partnern (EE, BG) ein Trio-Programm für den Bereich Stadt- (und Raum-)entwicklung erstellt. Eine gemeinsame Priorität ist die (Wieder-)annäherung der Prozesse Raum- und Stadtentwicklung (die traditionell in zwei getrennten Formaten geführt werden)
- Ö sieht sich als „Arbeitspräsidentschaft“, es sind keine politischen Treffen in diesen Bereich vorgesehen. Es soll jedoch ein gemeinsames Seminar auf GD-Ebene zur Verknüpfung der Themen Territoriale und Urbane Agenda der EU geben, insbesondere eine Reflexion des Ansatzes „territorialer Umsetzungspartnerschaften“ (ÖREK-PS, Action Groups/Priorities der Makroregionalen Strategien, PS der UAEU)

- Die ersten 4 UA-Partnerschaften legen ihre Ergebnisse vor – diese sollen exemplarisch reflektiert werden; Schlussfolgerungen für allfällige neue Partnerschaften der UAEU sollen gezogen werden.
- Der Diskussionsprozess zu neuen Themen und Partnerschaften (die 2019 beschlossen werden sollen) soll strukturiert und auf den Weg gebracht werden.
- Systematische Zusammenarbeit von JPI UE und dem UAEU Prozess soll – entsprechend dem Pact of Amsterdam – etabliert werden.
- Die Stadt Wien wird sich im Zusammenhang mit der Federführung bei der Partnerschaft dem Thema leistbares Wohnen widmen. Man möchte auf die Bedeutung hinweisen, Städte und Quartiere „durchmischt“ zu halten und „Ghettoisierung“ zu vermeiden. Angedacht ist daher, auch die Themenbereiche Migration, städtische Armut und Mobilität mit zu beleuchten. Dazu ist eine Studie in Vorbereitung: „Affordable housing in growing cities in Europe“
- Internationale Konferenz zum Thema Architekturqualität/Baukultur des EFAP (European Forum for Architectural Policies) durch BKA (Sektion II) im September 2018
- 6. Stadtregionstag in Wels findet während der Ratspräsidentschaft 2018 statt und wird sich vsl. ebenfalls der Urban Agenda und ihrem Zusammenhang mit der Kohäsions-/Regionalpolitik widmen
- Europa der Städte & Unternehmen: Daseinsvorsorge & Binnenmarkt; 14. 6. 2018 (Kontakt über VÖWG)
- Gemeindebund & Städtebund werden eine Konferenz zum Donauraum abhalten
- 2018 ist gleichzeitig europäisches Kulturerbejahr und idZ die Eintragung der Limes Städte erfolgt (evtl. Berücksichtigung im Rahmen der Konferenz)

6. Klärung der Rahmenbedingungen für weitere Treffen der Koord. Plattf.

ROTH erläutert den vorgesehenen Rahmen der Koordinationsplattform (vgl. Präsentation).

Der Sitzungsrhythmus ist halbjährlich vorgesehen und wird sich weitgehend am Sitzungskalender der EU-Arbeitsformate (UDG, DGUM oder Ministertreffen) orientieren, um sicher zu stellen, dass die Sitzungsdokumente zwecks Meinungsbildung bzw. Stellungnahme vorliegen.

Zur Frage, ob innerhalb der eingeladenen Institutionen im protokollarischen Sinne die richtigen Personen erreicht wurden gibt es keine negativen Rückmeldungen.

WEBER (Stadt Wien, MA 27) regt an, hinsichtlich verschiedener Themenstellungen auch Vertreter des ESF, insbesondere des WAFF einzuladen.

WOLLANSKY ersucht darum, durch die Plattform keine Debatte über einen vermeintlichen Stadt-Land-Gegensatz zu befeuern; ROTH bestätigt, dass der Kontext der Plattform eine integrierte räumliche Sichtweise mit dem Fokus insbesondere auch auf Stadt-Regionale (i.S. der ÖREK-Partnerschaft) Themenstellungen sein soll.

Alle Beteiligten werden dazu eingeladen, Themen und Wünsche für die zukünftigen Sitzungen einzubringen und die Plattform zu einem Ort für interessanten und lebendigen Austausch zu machen.

7. Allfälliges

Als nächster Termin der Plattform wird jeweils die Woche vor der UDG (2.3.2017) oder DGUM (20.4.2017) Sitzung anvisiert; ein Aviso wird rechtzeitig ergehen. Der ÖStB wird als Vorsitz der kommenden Sitzung dazu einladen.

+++ Lutz (ÖStB)/Roth (BKA, IV/4)